

Er scheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonabend.

Inserate:
für den Raum
einer
kleinsten Seite
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

Nach einer Mittheilung des königlichen Landstallamts zu Moritzburg werden von der dort herausgegebenen Druckschrift „Anleitung zur rationalen Pferdezucht für die Landwirthe des Königreichs Sachsen“ Exemplare unentgeltlich überlassen, was für etwaige Interessenten im hiesigen Verwaltungsbezirk hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht wird, daß das genannte königliche Landstallamt Bestellungen entgegennimmt und einige Exemplare der genannten Druckschrift in der Kanzlei der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft zur Einsicht bereit liegen.
Schwarzenberg, den 7. September 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.

S. V.: Dr. Souitz, Bezirksassessor.

M.

Das unterzeichnete Gerichtsamt hat am heutigen Tage auf Grund der Anzeige vom 5. dieses Monats auf Fol. 145 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Gerichtsamts die Firma

H. Kramer in Schönheide

und als deren Inhaber Herrn Heinrich Kramer in Schönheide verlautbart.

Königliches Gerichtsamt Eibenstock,

am 6. September 1878.

Landrod.

S.

Die Steuerreform im deutschen Reiche.

A. C. Eine der wichtigsten Aufgaben, welche dem neuen Reichstage gestellt werden, wird unstreitig die Steuerreform sein. Der letzte Reichstag wies diese Aufgabe von sich. Aber die Sache ist so dringend, daß die Regierung sehr bald mit einer Steuerreformvorlage vor den Reichstag treten wird. Hoffentlich wird dieselbe sorgfältiger und umfassender vorbereitet, als die letzte, welche Alles auf eine Karte setzte, und mit dieser — dem Tabakmonopol — das ganze Spiel — die Steuerreform — zu gewinnen suchte. Aber es ließ sich voraussehen, daß das nicht gelingen würde. Selbst wenn das Monopol im Reichstage durchgedrungen wäre, so würde es noch Jahre gedauert haben, bis es dem Reiche Einnahmen gebracht hätte, und diese würden schwerlich so groß geworden sein, als man ausrechnete. Man vergaß bei dieser Rechnung in der Regel, daß nach Einführung des Monopols bei Weitem nicht mehr so viel Tabak verarbeitet und verbraucht werden würde, als jetzt, weil er dann viel theurer würde, als er jetzt ist, und man vergaß ferner gar leicht die Entschädigungen, welche der Staat den Tabakfabrikanten und Händlern zu zahlen haben würde, oder schlug diese Entschädigungen zu niedrig an. In der Versammlung der Finanzminister in Heidelberg scheint man der Steuerreformfrage denn auch wieder eine umfassendere Gestalt gegeben zu haben. Unstreitig wird bei derselben die Tabaksteuer immer eine bedeutende Stelle einnehmen; denn es ist keine Frage, daß der Tabak viel eher eine höhere Besteuerung verträgt, als viele andere Genußgegenstände.

Die Entscheidung in dieser Frage wird von dem Resultat der Unterhandlungen der Enquetecommission abhängen. Aber so viel steht wohl ohne Zweifel fest, daß die Regierung die Steuerreform auf dem Wege der indirecten Steuern zu Stande bringen will. Auf dem Wege der indirecten Steuern kann das Reich seine Einkünfte vermehren, ihm sind außer den Matricularbeiträgen die Einnahmen aus Böllen und Verbrauchssteuern überwiesen. Die Matricularbeiträge sind für das Reich und für die Einzelstaaten eine Last und das Reich hat die Pflicht, die Bölle und Verbrauchssteuern ertragsfähiger zu machen, um mit Hilfe derselben die Einzelstaaten zu entlasten. Im Vergleich mit anderen Staaten steht Deutschland in dieser Beziehung weit zurück. Alle Culturstaaten ziehen den Haupttheil ihrer Einnahmen aus den Böllen. Man hat schon früher auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß diese Steuerreform auch für das deutsche Reich fruchtbarer gemacht werde. Es gereicht uns deshalb zu freudiger Genußthung, zu hören, daß man auf der Ministerconferenz in Heidelberg sich darüber geeinigt hat, daß die Einnahmen des Reiches in erster Linie durch erhöhte und indirecte Steuern aufzubringen seien. Wir sind der Meinung, daß man in erster Linie die Bölle zur Vermehrung der Einnahmen heranziehen soll; denn die Bölle müssen von dem Auslande getragen werden, welches seine Waaren bei uns einführen will. Es wird zwar bestrebt sein, die Bölle wieder auf seine Waaren zu schlagen, allein der Verkäufer kann bekanntlich den Preis nicht allein festsetzen, der Käufer hat dabei auch ein Wort mitzureden, und wenn das Ausland die betreffenden Gegenstände im Ueberflusse besitzt, so muß es sich schließlich darin finden. Die Händler werden die Bölle, welche sie bei der Aus-

fuhr ihrer Waaren zu zahlen haben, vor Allem dadurch zu ersetzen suchen, daß sie die Waaren billiger einzukaufen suchen. Wenn Deutschland also z. B. erhöhte Bölle auf böhmische Kohlen, ungarische Hölzer, Getreide und Vieh legt, so wird das die Wirkung haben, daß der Preis dieser Gegenstände in Oesterreich herabgedrückt wird, denn Oesterreich hat diese Gegenstände in Ueberflusse und ist auf ihre Ausfuhr angewiesen. Die Händler werden deshalb den Einkaufspreis dieser Gegenstände herabdrücken, um auf diese Weise schon den Erfaß für die zu zahlenden Bölle in der Tasche zu haben, ehe sie die Waare über die Grenze führen, oder dem Auslande zum Verkauf anbieten. Solche Lasten fallen in erster Linie auf den Verkäufer der Waare. Deshalb werden auch die Bölle, welche nur von bei uns eingehenden Waaren erhoben, in erster Linie dem Auslande zur Last fallen. Deshalb erheben alle Länder einen großen Theil ihrer Staatseinnahmen aus solchen Böllen. Die indirecten Steuern sind für den Steuerzahler jedenfalls viel bequemer, als die directen Steuern, welche er auf einen Haufen zu zahlen hat. Allein es ist keine Frage, daß sie vorzugsweise die große Masse des Volkes, die ärmeren Volksklassen, am meisten treffen. Deshalb sollte man gleichzeitig mit ihrer Erhöhung auch darauf bedacht sein, durch höhere Sätze der Einkommensteuer der reicheren Volksklassen einen billigen und möglichst gerechten Ausgleich zu schaffen. Möchte man das ja nicht veräumen, sonst würde man durch höhere indirecte Steuern den Sozialisten neue Handhaben für ihre Agitation bieten.

Tagesgeschichte.

— Die Auflösung des Reichstages hat die deutsche Nation vor der traurigen Erfahrung bewahrt, einen ihrer aktiven Vertreter als Verbrecher gebrandmarkt zu sehen. Am 5. September wurde zu Rottweil der bisherige Reichstagsabgeordnete Ernst Philipp Wirth, Oberamtsrichter in Oberndorf, wegen Anstiftung zum Meineide zu 2½ Jahren und 30 Tagen Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurtheilt. Wie eine Reihe von Spezialtelegrammen melden, fanden die Verhandlungen vor dem Schwurgerichte unter ungeheurem Andrang des Publikums statt und währten zwei Tage. Der Verurtheilte hat die Vertheidigung des Urtheils nicht lange überlebt. Nachdem ein Versuch, sich zu erstechen, mißlungen, erhängte er sich im Gefängnisse. Am Sonnabend Morgen fand man ihn als Leiche vor. — Wirth vertrat den 8. württembergischen Wahlkreis, Freudenstadt-Oberndorf, und gehörte der nationalliberalen Partei an.

— Es wurde kürzlich berichtet, daß sich die Sozialdemokraten in einem Walde bei Prag nächstlicher Weile versammelten. Auch in Hannover haben sie eine eigenthümliche Wahlversammlung abgehalten und zwar auf dem einige 40 Meter hohen Kranze der Waterloo-Säule, wo unter den Flügeln der Siegesgöttin, unbehelligt durch die Polizei und ohne deren Vorwissen, von den Führern die Wahlparole für die letzte Reichstagswahl ausgegeben wurde.

— Petersburg. Der Mörder Mesenzow's befindet sich angeblich bereits hinter Schloß und Riegel. Vor einigen Tagen brachte das in Thorn erscheinende polnische Blatt „Gazeta Torńska“ einen Be-